

# magazin

für beamtinnen und beamte

**DGB**

## DIGITALISIERUNG SELBST GEMACHT

Ausgabe 10  
22.10.2015  
www.beamten-magazin.de

**Justizvollzug**  
ver.di startet Projekt  
für Bedienstete

**Was verdient die Frau?**  
Wirtschaftliche  
Unabhängigkeit!



Bundesweit für Sie da:  
Mit Direktbank und  
wachsendem Filialnetz.



## Für uns: das kostenfreie Bezügekonto<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.<sup>1)</sup>

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen weiteren Vorteile** Ihres neuen Kontos unter Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de)



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

## INHALT

**Titel**

Digitalisierung selbst gemacht 4

**Aus dem Bund**

7

**Projekt**

Was verdient die Frau?

Wirtschaftliche Unabhängigkeit! 9

**Aus den Ländern**

10

**Aus den Gewerkschaften**

ver.di will im Justizvollzug „auf schließen“ 15

**Service**

Geförderte Altersvorsorge:

Die Riester-Rente (Teil 2) 17

**Vermischtes**

18

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack  
Redaktion: Alexander Haas, Lisa Kranz, Henriette Schwarz  
Textbeiträge: Lena Widmann (S. 9), David Staercke (S. 15),  
Volker Scharlowsky (S. 17)  
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing:  
INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte  
Fuchslochweg 1, 74933 Neidenstein  
Telefon: 0211 72134571, Telefax: 0211 72134573  
infoservice@beamten-informationen.de  
www.dgb.de/beamtenmagazin  
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen  
Titel: istockphoto.de/Floortje  
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop  
Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 22. Jahrgang  
Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr



Foto: DGB/Simone M. Neumann

**Alexander Haas**

Politischer Referent,  
Abteilung Öffentlicher Dienst  
und Beamtenpolitik beim  
DGB-Bundesvorstand

Liebe Leserinnen und Leser,

sind Sie eine Seiltänzerin, Schlangenbeschwörerin, Zauberassistentin? Oder doch eher eine Zirkusdirektorin? Die Leserinnenschaft kann das im Online-Quiz des DGB-Projektes „Was verdient die Frau?“ herausfinden. Auf Seite 9 finden Sie mehr dazu. Aber auch als Mann kann man am Test teilnehmen, so viel sei verraten. Sieht ja niemand, wer hinter dem Bildschirm sitzt. Was im einen Fall ganz lustig ist, führt im Arbeitsalltag zu mangelndem Sozialkontakt und Frustration. Davon berichtet unsere Titelgeschichte ab Seite 4, aber auch davon, wie Beschäftigte sich moderne digitale Arbeitsabläufe einfach selber machen, wenn die Dienststelle nicht in die Gänge kommt. Klar, das kann nicht die Lösung sein. Eine echte Mitgestaltung der Arbeitsmittel und -abläufe durch die Beschäftigten muss her. Das findet auch die GdP Brandenburg und hat daher die neuen „mobilen Wachen“ unter die Lupe genommen. Auf Seite 10 finden Sie mehr zu zirkusreifer Akrobatik mit Laptop auf den Knien und allen Händen voll mit Papieren und Zusatzgeräten. Und mit Handschellen. Ums Schließen geht es denn auch auf Seite 15: ver.di will im Justizvollzug „auf schließen“ und hat ein Projekt aufgelegt um die Probleme der Beschäftigten dort anzugehen. Erfolge können DGB und ver.di dabei schon für die Kolleginnen und Kollegen in NRW vermelden, die Gitterzulege wird wieder ruhegehaltstauglich – ein Baustein für eine gute Altersvorsorge. Auf einen weiteren weist unser Service auf Seite 17 hin. Womit wir wieder beim Anfang wären: Der Online-Test stuft mich als Schlangenbeschwörerin ein und prophezeit mir zwar eine einigermaßen auskömmliche Rente, aber für den Jahresurlaub könnte es eng werden. Dann doch lieber die Kobra verkaufen.



Mit freundlichen Grüßen

# DIGITALISIERUNG SELBST GEMACHT

Die Digitalisierung der Verwaltung schreitet voran – und kommt trotzdem nicht in die Gänge. Viele Kolleginnen und Kollegen greifen daher zum eigenen Smartphone oder Tablet, um sich die Arbeit zu erleichtern. Die Konsequenz: erhebliche Datenschutzprobleme. Wem diese Hintertür nicht offen steht, ist oftmals mangelhaften IT-Systemen ausgesetzt, auf deren Gestaltung er keinen Einfluss hat. In beiden Fällen bleiben Nerven und Gesundheit oft auf der Strecke. Zeit, die digitale Arbeit beschäftigtenorientiert zu gestalten.

Uwes Kolleginnen und Kollegen staunen. Nach einer anstrengenden Woche in der Straßensozialarbeit sitzen sie am Freitagnachmittag noch immer daran, die Termine ihrer Woche zu dokumentieren. Nicht einfach, sich aus den eiligen Notizen vom Montag dann noch alles zu rekonstruieren. Doch wo ist Uwe? Uwe ist schon im Feierabend. Sein Überstundenkonto ist ausgeglichen. Genau wie er selbst. Die Dokumentationen liegen schon auf dem Server. In bester Qualität. Wie immer.

Uwe ist kein Übermensch. Uwe hat sich irgendwann privat ein Tablet gekauft. Zwischen den Terminen, beim Fahren, diktiert er seinem Tablet den Vermerk. Die Spracherkennung funktioniert gut. Kurz korrigieren und dann vom privaten Mailaccount an die Dienstadresse senden, fertig. Auch mit den Terminvereinbarungen hält sich Uwe nicht lange auf. Mit Briefpost hat er ohnehin keine guten Erfahrungen gemacht. Uwe geht noch kurz in seinen privaten Facebook-Account. Die Termine für Montag stehen. Wenn sich was verschiebt, ist das auch kein Problem. Die Jugendlichen checken ihren Facebookaccount ja ständig und bis in den Abend. So wie er.

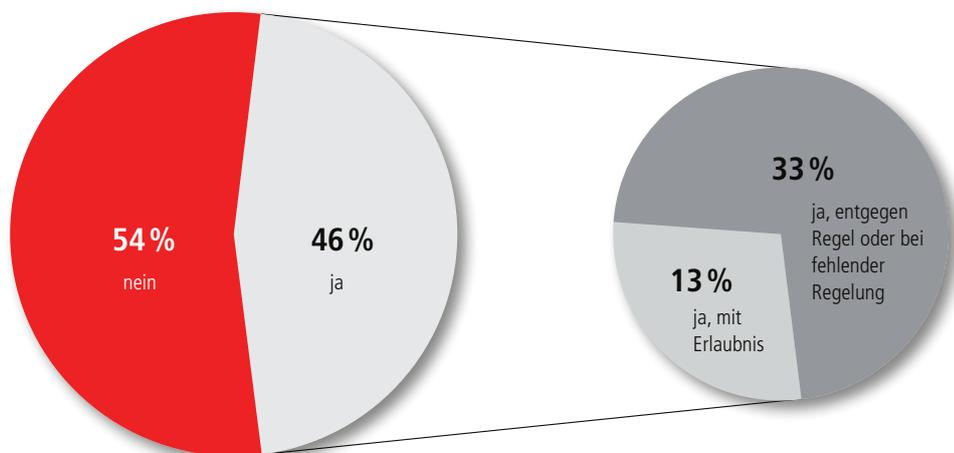
Uwe – der natürlich anders heißt – und 399 andere Kolleginnen und Kollegen aus Kommunalbehörden wurden kürzlich zu solchem Verhalten anonym befragt. Fest steht: Uwe ist nicht allein. Nach einer aktuellen Studie der Universität Siegen im Auftrag des Na-

tionalen E-Government-Kompetenzzentren (NEGZ) nutzen 46 Prozent der Befragten private Mobilgeräte für dienstliche Zwecke. Fast die Hälfte praktiziert also „bring your own device“ (BYOD), wie es neudeutsch heißt. Fast Dreiviertel dieser Kolleginnen und Kollegen macht das ohne Regelung oder entgegen bestehender Verbote. „Ohne Regelung“ ist dabei recht freundlich formuliert. Es bezieht sich nur darauf, dass in der Dienststelle keine gesonderte Regelung besteht. Wenn keine Regelung in der Dienststelle besteht, ist BYOD in aller Regel unzulässig. Denn meist werden dann personenbezogene Daten auf das Privatgerät transferiert. Das verbieten die Datenschutzgesetze.

Als die Studie bei einem Gewerkschaftstreffen angesprochen wird, muss Petra seufzen. „Wir hatten ähnliche Fälle vor ein paar Jahren.“ Petra ist Rechtspflegerin. „Die Bürger wollten sich damals natürlich nicht darauf verträsten lassen, dass wir bald das elektronische Grundbuch bekommen“, erzählt Petra. „Die meisten kaufen nur einmal ein Haus, und dann soll immer alles schnell gehen.“ Das Problem: Gescannte Grundbuchauszüge überschritten schnell einmal die Größenbeschränkung für E-Mail-Anhänge. „Wir haben das damals bei der Leitung zur Sprache gebracht“, erinnert sich Petra, die natürlich auch anders heißt. Aber es sei keine Änderung bei den Kapazitäten zu erreichen gewesen. Vielmehr habe es schließlich die Anweisung gegeben, die fraglichen Unterlagen eben nur postalisch und nicht vorab per Mail zu übermitteln. „Erklär das mal der Bürgerin, wenn Du selbst privat alles online und schnell machst“, lächelt Petra. Im Ergebnis schickten viele von Petras Kolleginnen und Kollegen über private Accounts die Dateien an die Bürgerinnen und Bürger. „Unsere Leute sind dermaßen bürgerfreundlich, die stellen sich dafür sogar mit einem Bein ins Disziplinarverfahren“, scherzt Petra. Als mal etwas schief lief, kam es dazu dann auch beinahe. Dank gewerkschaftlicher Intervention ging es für die Betroffenen aber glimpflich aus.

Auf Veranstaltungen der Verwaltung zur IT-Modernisierung ist oft zu hören, man wolle die Beschäftigten mitnehmen. „Unsere Kolleginnen und Kollegen wollen nicht mitgenommen werden, sie wollen mitgestalten“, erklärt Dr. Karsten Schneider, Leiter der Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik beim DGB-Bundesvorstand und selbst Mitglied im Nationalen E-Government-Kompetenzzentrum e.V. Die Dienstherren seien gut beraten, darauf einzugehen. „Die Zahlen zeigen ja, unsere Leute gestalten digitale Arbeit, selbst

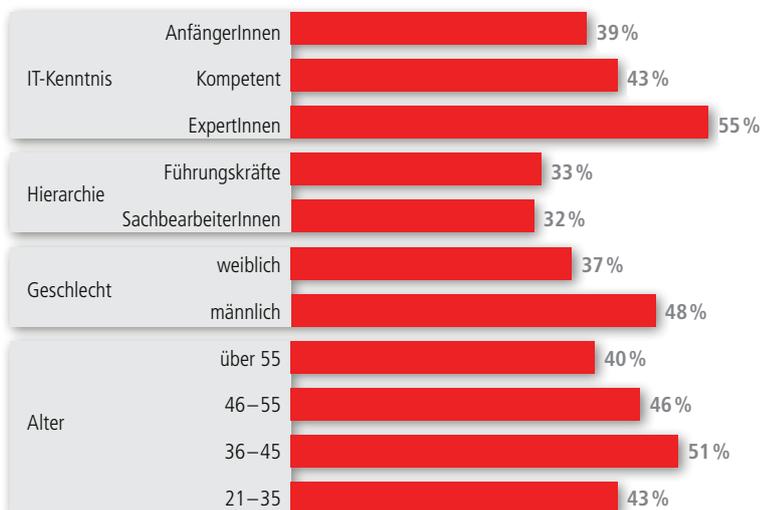
### Beschäftigte in Kommunen wurden nach „Bring Your Own Device“ (BYOD) gefragt: „Nutzen Sie private Mobilgeräte für dienstliche Zwecke?“



Quelle: Niehaves/Köffer/Ortbach(2015): Gefährliche Ignoranz? – Bring-Your-Own-Device, IT Consumerization und Co in der öffentlichen Verwaltung. Berlin: Nationales E-Government Kompetenzzentrum e.V. (Hrsg.)

wenn die Leitung das nicht will“, erklärt Schneider, „nur kann ja niemand ein solches Datenschutzdesaster wollen.“ Die Studie zeigt: Viele Dienststellenleitungen wissen um die Probleme. Dennoch treffen sie keine Regelungen in der Dienststelle. Um die dienstliche Nutzung privater Geräte datenschutzgerecht zu gestalten, braucht es spezielle Software und Betreuungsaufwand in der IT. Die Ressourcen dafür fehlen. Man könnte die dienstliche Nutzung privater Geräte untersagen und den Beschäftigten stattdessen Dienstgeräte zur Verfügung stellen. Auch dafür reichen die Ressourcen nicht. Und BYOD untersagen, ohne dienstliche Geräte zur Verfügung zu stellen? Auch dann Nutzen nach der Studien noch stattliche

### Anteil der BYOD-Nutzung in Kommunen nach Beschäftigtengruppen



Quelle: siehe obige Grafik



Die NEZG-Studie ist verfügbar unter [www.negz.org/downloads](http://www.negz.org/downloads)

32,6 Prozent der Beschäftigten weiterhin private Geräte dienstlich. Der Grund: Anders ist das Arbeitspensum nicht mehr zu schaffen. Das wissen auch die Dienststellenleitungen. Daher verbieten viele BYOD erst gar nicht ausdrücklich, erlauben es aber auch nicht. Sie drücken beide Augen zu. In solchen Konstellationen liegt der Nutzungsgrad unter den Beschäftigten laut der Studie im Schnitt bei 46 Prozent.

Jean hat solche Möglichkeiten nicht. Seine Arbeit spielt sich ausschließlich an seinem Rechner im Finanzamt ab. Er blickt auf einen Monitor, auf dem auch Ampelsymbole zu sehen sind. „Wir sind längst nicht mehr genug Kolleginnen und Kollegen, um die ganze Arbeit zu schaffen“, erklärt Jean. „Deswegen schichtet die Software die Fälle mit einer Plausibilitätsprüfung ab – ‘Risiko-Management-System’ heißt das dann.“ Die Erklärungen von Steuerpflichtigen, die auch aufgrund ihres bisherigen Verhaltens in einer niedrigen Risikoklasse eingestuft sind, dürfen von den Beamtinnen und Beamten nur noch geprüft werden, wenn das Risiko-Management-System konkrete Anhaltspunkte für fehlerhafte Erklärungen als gegeben ansieht. Jean findet: „Das ist extrem demotivierend. Wir vergeuden unsere Zeit mit sinnlosen Prüfungsaufträgen, die uns der Algorithmus ausspuckt. Und wenn mir meine Erfahrung sagt, da würde ich doch mal genauer hinschauen, dann darf ich das nicht, wenn dem Algorithmus alles plausibel vorkommt.“ Jean und seine Kolleginnen und Kollegen empfinden alles andere als Wertschätzung für ihre hervorragende Qualifikation und ihre jahrelange Erfahrung. „Das mitzugestalten ist total schwer, da muss man sich eigentlich bis in die Algorithmen hineinknien“, so Jean.

Kathrin ist angespannt. Denn ihr Kollege im Funkstreifenwagen ist noch angespannter. Seine Frau hat sich gestern im Streit von ihm getrennt. Und jetzt ein Einsatz wegen häuslicher Gewalt. Kathrin kennt die Adresse. Häufiger Kunde. Bei dem heißt es Ruhe bewahren, aber nötigenfalls auch schnell und besonnen reagieren. Auf den Kollegen muss sie sich verlassen können. Danach sagt sie: „Früher hätte den kein Dienstgruppenleiter so zu einem Einsatz rausgeschickt. Aber wie’s einem Kollegen geht, das sieht man eben nicht am Monitor und hört es auch nicht über Funk.“ Früher, das war die Zeit, als man noch in der Wache eine Führungskraft hatte. Dann kam die x-te Kürzungsrunde in dem Flächenland. Seitdem sitzen die – immer wechselnden – Dienstgruppenleiterinnen und -leiter nur noch an einem entfernten Standort der Inspektion. Ohne direkten persönlichen Kontakt. „Die haben uns damals was von Videokonferenztechnik und virtueller Führung erzählt“, erinnert sich Kathrin. „Pustekuchen! Nix da mit der schönen neuen Arbeitswelt.“ Die Videokonferenztechnik wurde nie eingeführt – aus Kostengründen. Kathrin und ihre Kolleginnen und Kollegen fühlen sich bei Ihrer schwierigen Arbeit völlig allein gelassen.

Uwe, Petra, Jean und Kathrin sind damit nicht allein. Viele Beschäftigte sind frustriert über die Art und Weise, wie Digitalisierung an ihrem Arbeitsplatz aussieht. Dabei wissen oder ahnen sie, dass es auch ganz anders ginge. In ihrem Sinne. Daher will der DGB den digitalen Wandel so gestalten, dass die Chancen für Gute Arbeit genutzt werden können. Am 3. November veranstaltet er in Berlin den Digitalisierungskongress „Arbeitswelt 4.0“, auf dem auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles sprechen wird.

ARBEITSWELT 4.0

DER DIGITALISIERUNGSKONGRESS

DGB

www.ostseeklinik-kuhlungsborn.de

## Psychosomatische Reha für Mütter mit Begleitkind

- Frauenspezifisches Therapiekonzept
- Von der Beihilfe anerkannt
- Unterbringung in familiengerechten Apartments mit eigenem Kinderzimmer
- Ganztägige Betreuung der Begleitkinder in klinikeigenem Kinderclub und Schule



**OSTSEEKLINIK KÜHLUNGSBORN**



FACHKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND INNERE MEDIZIN

**Beratungshotline:**  
0228 / 96 95 89 83

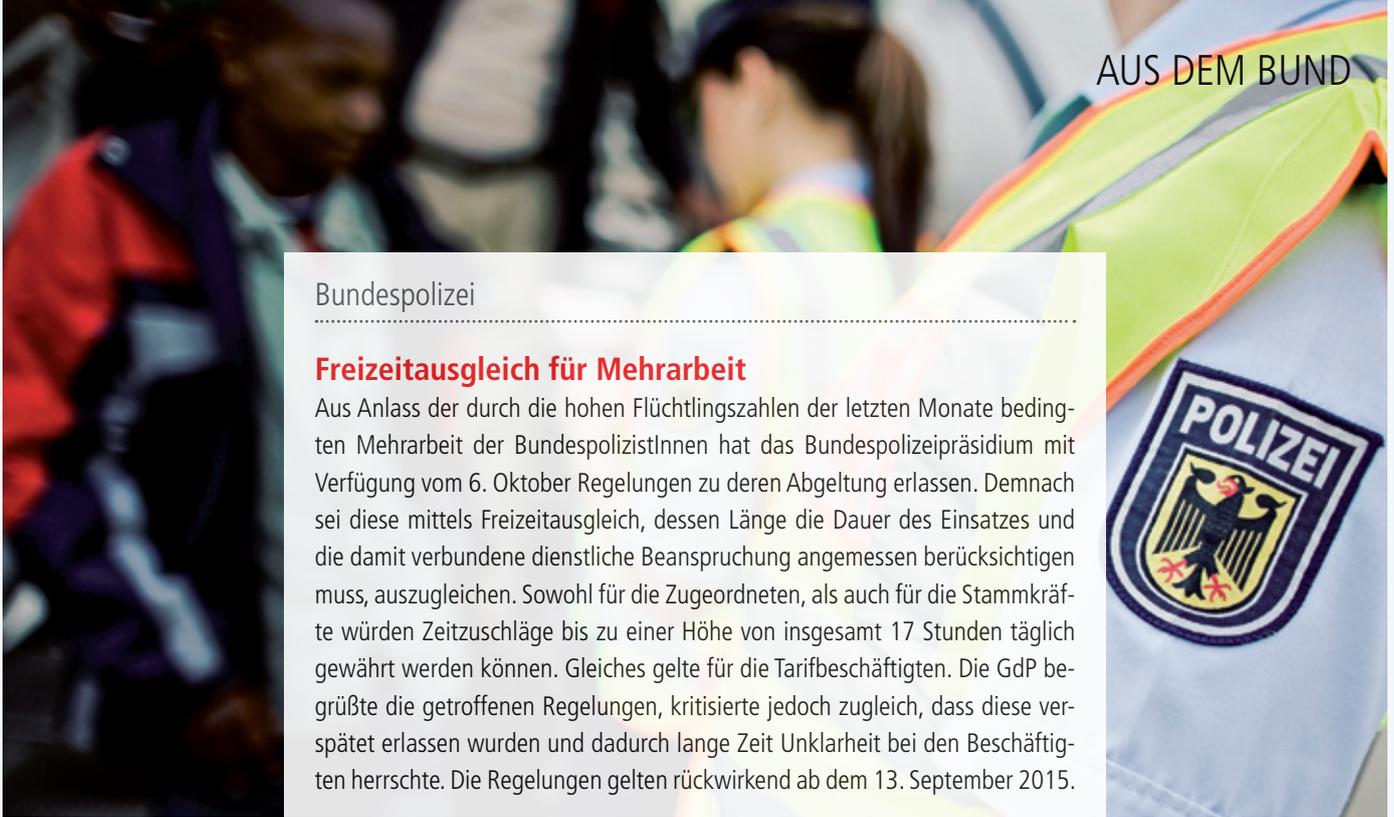


Foto: Bundespolizei

## Bundespolizei

### Freizeitausgleich für Mehrarbeit

Aus Anlass der durch die hohen Flüchtlingszahlen der letzten Monate bedingten Mehrarbeit der BundespolizistInnen hat das Bundespolizeipräsidium mit Verfügung vom 6. Oktober Regelungen zu deren Abgeltung erlassen. Demnach sei diese mittels Freizeitausgleich, dessen Länge die Dauer des Einsatzes und die damit verbundene dienstliche Beanspruchung angemessen berücksichtigen muss, auszugleichen. Sowohl für die Zugeordneten, als auch für die Stammkräfte würden Zeitzuschläge bis zu einer Höhe von insgesamt 17 Stunden täglich gewährt werden können. Gleiches gelte für die Tarifbeschäftigten. Die GdP begrüßte die getroffenen Regelungen, kritisierte jedoch zugleich, dass diese verspätet erlassen wurden und dadurch lange Zeit Unklarheit bei den Beschäftigten herrschte. Die Regelungen gelten rückwirkend ab dem 13. September 2015.

## Bund

### Landesstraßenbauverwaltung bald Geschichte?

Die Verkehrsminister der Länder beraten aktuell über die Zukunft der Landesstraßenbauverwaltungen. Zur Diskussion steht die Schaffung einer zentralen Bundesverkehrsinfrastrukturgesellschaft, die Anlegern eine attraktive Rendite bieten und die eingesammelten Gelder dann zum Ausbau, Erhalt sowie Betrieb von Bundesfernstraßen einsetzen soll. Würde diese Idee umgesetzt, stünden rund 18.000 der 30.000 Arbeitsplätze bei den Landesstraßenbauverwaltungen auf der Kippe, da ein großer Teil ihrer Aufgaben wegfielen. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum die funktionierenden Strukturen der Landesstraßenbauverwaltungen zerschlagen werden sollen“, so das ver.di-Bundesvorstandsmitglied Wolfgang Pieper. Ihren Protest machte ver.di am 8. Oktober deutlich. Eine Delegation überreichte dem Vorsitzenden der in Worms tagenden Verkehrsministerkonferenz eine Resolution zum Erhalt der Straßenbauverwaltungen.

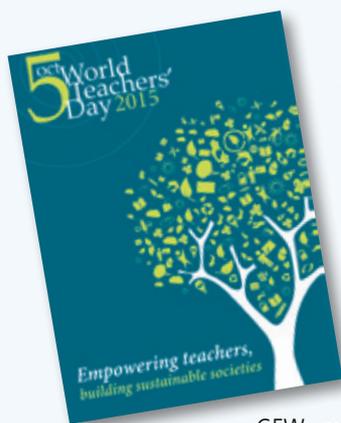
### Bundesregierung will intelligent vernetzen

Die Bundesregierung hat ihre „Strategie intelligente Vernetzung“ beschlossen, um die systematische Digitalisierung in den zentralen Bereichen des Gemeinwesens voranzutreiben.

Hierzu zählen unter anderen die Verwaltung, der Verkehrs-, Bildungs- und der Gesundheitssektor. Akteure sollen mittels innovativer Technologien und Anwendungen bereichsübergreifend vernetzt werden. Dabei soll vor allem die Orientierung an den NutzerInnen verbessert werden. Ideen, Projekte und gute Praxisbeispiele hierzu können auf der Plattform „Initiative Intelligente Vernetzung“ von Jeder und Jedem eingebracht, diskutiert und bewertet werden. Bei der Plattform handelt es sich um ein Projekt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Gegenüber dem DGB unterstrich Projektleiter Thilo Zelt, dass es der Initiative weniger um „große Lösungen“ gehe.

Im Vordergrund stünde vielmehr die Förderung regionaler Aktivitäten, die Interoperabilität groß schreiben. Interoperabel meint dabei, dass ganz unterschiedliche Systeme nahtlos zusammenarbeiten können. Die Projekthomepage zeigt viele Beispiele auf. So können auch umfangreiche Berichtspflichten von Unternehmen inzwischen vollautomatisch gegenüber den unterschiedlichen staatlichen Stellen erfüllt werden. Auch bei neuen oder veränderten Berichtspflichten bleibt der Aufwand gering. Durch solche Lösungen können „Bürokratiekosten“ gesenkt werden, ohne die gesellschaftspolitisch wichtigen rechtlichen Pflichten der Unternehmen anzutasten.

Die Plattform ist erreichbar unter [www.oip.netze-neu-nutzen.de](http://www.oip.netze-neu-nutzen.de)



## Welt

### Welttag der Lehrerin und des Lehrers

Anlässlich des Weltlehrertages am 5.10. forderte die

GEW mehr Anstrengungen für eine inklusive Gesellschaft, bessere Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte sowie eine höhere Wertschätzung der pädagogischen Professionen. Der von der UNESCO, Internationaler Arbeitsorganisation und Bildungsinterationale ins Leben gerufene Tag stand in diesem Jahr unter dem Motto „Bildung stärken für eine nachhaltige Gesellschaft“. „Politik muss anerkennen, dass gute Arbeit und eine hohe Wertschätzung der pädagogischen Berufe Bestandteil einer nachhaltigen Gesellschaft

sind“, so das für Schule zuständige GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann. „Prekäre Beschäftigung, ungerechte Bezahlung, Null-Runden und schlechte Lern- und Arbeitsbedingungen passen nicht dazu.“ Bildung sei nicht nur Mittel zum Zweck, sondern auch ein Gradmesser dafür, wie zukunftsfähig und nachhaltig eine Gesellschaft ist. Was Bildungsgerechtigkeit, Inklusion und das Ausschöpfen aller Potenziale der Kinder und Jugendlichen betrifft, habe Deutschland noch Nachholbedarf.

## Europa

### EU-Parlament für Recht auf Wasser

Im September hat sich das Europäische Parlament (EP) mit knapper Mehrheit hinter die Kernforderungen der Europäischen BürgerInneninitiative „Right2Water“ gestellt. Mit einer Europäischen Bürgerinitiative kann die

EU-Kommission aufgefordert werden, einen Rechtsakt zu erlassen. In diesem Fall hatten sich allein in Deutschland 1,3 Millionen Menschen für ein umfassendes Recht auf Wasser und eine sanitäre Grundversorgung stark gemacht. Die Kommission indes mauerte (BM berichtete). Seitens des DGB wurde die Entscheidung des EP begrüßt. „Wasser ist ein lebenswichtiges Gut und keine Handelsware. Gerade den Berlinerinnen und Berlinern ist das bewusst“, erklärte die DGB-Vorsitzende für Berlin und Brandenburg Doro Zinke. Nach den teuren Erfahrungen mit einer „teilprivatisierten“ Wasserwirtschaft haben sich die BürgerInnen dort bereits in einem Volksentscheid für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung ausgesprochen. Aus Sicht des DGB ist der Beschluss des Europaparlaments auch ein Erfolg für die Demokratie: Die Forderungen der ersten bisher erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative bleiben auf der Tagesordnung.



## BSW. Der Vorteil für den Öffentlichen Dienst



### Nutzen Sie den Vorteil einer Mitgliedschaft im BeamtenSelbsthilfewerk!

- ★ Seit über 50 Jahren die Gemeinschaft für den Öffentlichen Dienst mit ca. 600.000 Mitgliedsfamilien
- ★ Vorteilhaft einkaufen bei über 20.000 namhaften Filialisten und Geschäften vor Ort ...
- ★ ... und bei über 600 Online-Shops, wie Lidl.de, Zalando, Ebay, BAUR, OTTO, Peter Hahn, lieferando.de, Fressnapf, XXXL Einrichtungshäuser, CONRAD, DocMorris, Tchibo und viele mehr
- ★ Überdurchschnittlich attraktive Geldanlagen
- ★ Günstig reisen mit Komplett-Service
- ★ Strom, Gas, Heizöl – Energie zu BSW-Konditionen
- ★ Kostenlose Zusatzkarten für Familienmitglieder



**Tel. 0800 444 00 120**

(gebührenfrei; Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr)

**[www.bsw.de](http://www.bsw.de)**



# Was verdient die FRAU?



„Familienkompatible Arbeitszeiten und generell eine bessere Entlohnung. Als Mann würde ich einfach besser verdienen ... das muss geändert werden!“, „Dass alte Rollenbilder endlich der Vergangenheit angehören!“ und „Gleichberechtigung in der Partnerschaft!“ – Auf die Frage „Was verdient die Frau?“ gibt es viele Antworten. Sie alle haben eines gemeinsam: Die Forderung nach fairen Entgeltstrukturen, familienfreundlichen Arbeitszeiten, nach einem existenzsichernden Einkommen, kurz – nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit!

Das DGB-Projekt „Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird, beschäftigt sich mit Hemmnissen denen (junge) Frauen auf dem Arbeitsmarkt begegnen. Diese treten schon bei der Berufsorientierung und dem Einstieg ins Erwerbsleben auf und ziehen sich über erste Karriereschritte, die Familienphase, über den Wiedereinstieg in den Beruf bis zum Eintritt in die Rente oder Pension. Das Projekt nimmt den gesamten Lebensverlauf in den Blick und bringt Wissenschaft, Gewerkschaft, Politik und Lebensrealität junger Frauen zusammen.

che Unabhängigkeit von Frauen konkret umgesetzt und gefördert werden kann: So präsentierte unter anderem eine Referentin der Landesfrauenbeauftragten Bremens das Projekt „Klasse Frauen“, in welchem sich zum Beispiel Feuerwehrfrauen in Schulklassen vorstellen, um so für eher frauentypische Tätigkeiten zu werben. Die Fachtagung gab auch den Startschuss für „Die Generalprobe“, ein



Wie kann nun wirtschaftliche Unabhängigkeit für junge Frauen Realität werden? Hierzu lud das Projektteam ausgewiesene ExpertInnen zur Fachtagung „Weiblich, qualifiziert sucht: Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“ am 9. Oktober 2015 in Berlin ein. Der Staatssekretär im BMFSFJ, Dr. Ralf Kleindiek, die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Elke Hannack, und die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Prof. Jutta Allmendinger, diskutierten mit mehr als 150 VertreterInnen aus Politik, Gewerkschaften, Betrieben und Verwaltungen über Chancen und Hindernisse von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. GEW, Bundesagentur für Arbeit, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber, DGB und BMFSFJ erörterten dringende Handlungsbedarfe. In kurzen Vorträgen wurde illustriert, wie wirtschaftli-

vom Projektteam entwickeltes Online-Quiz. Dessen Ziel ist es, jungen Frauen das Thema „wirtschaftliche Unabhängigkeit“ spielerisch näher zu bringen, über potenzielle Risiken im Erwerbsleben aufzuklären und Informationen zum Beispiel zu Steuerklassen, zum ElterngeldPlus und zu einem gelungenen Wiedereinstieg bereitzustellen. Angelehnt an einen fiktiven Lebenslauf werden wichtige Entscheidungen abgefragt: „Was musst du bei deiner Berufswahl beachten? Wie teilst du dir Haus-, Erziehungs- und Erwerbsarbeit mit deinem Partner? Und was ist dir im Berufsleben wichtig?“

bleibt nur noch die Frage Zirkusdirektorin, Schlangenbeschwörerin, Seiltänzerin oder doch Zauberassistentin? In welcher Rolle die Nutzerin die Bühne des Lebens betritt, erfährt sie am Ende des Tests.

Der Weg zum Quiz  
[www.die-generalprobe.de](http://www.die-generalprobe.de)  
 zum Projekt  
[www.was-verdient-die-frau.de](http://www.was-verdient-die-frau.de)



## Baden-Württemberg

### Mehr Chancengleichheit, bitte!

Ende September hat das grün-rote Kabinett die Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes auf den Weg gebracht. „Wir begrüßen es sehr, dass diese dringend notwendige Gesetzesänderung hin zu mehr Chancengerechtigkeit von Frauen im öffentlichen Dienst jetzt in die Zielerade einbiegt“, sagte die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Gabriele Frenzer-Wolf. Mit dem Gesetz sollen die Rechte der Beauftragten für Chancengleichheit in den Behörden gestärkt werden. „Das ist wichtig, denn noch immer sind Frauen in Auswahlverfahren und bei Beförderungsentscheidungen benachteiligt. Wirkungsvolle Frauenförderung beginnt daher bereits mit den Bewerbungsverfahren“, betonte Frenzer-Wolf. Baden-Württemberg will zukünftig nicht mehr das einzige Bundesland

### » WIRKUNGSVOLLE FRAUEN-FÖRDERUNG BEGINNT MIT DEN BEWERBUNGSVERFAHREN«

sein, in dem kommunale Gleichstellungsbeauftragte nicht verpflichtend vorgeschrieben sind. Einziger Wermutstropfen: „Wir hätten uns gewünscht, dass das Gesetz für deutlich mehr Kommunen einen Stellenanteil in der Verwaltung vorsieht“, so Frenzer-Wolf, „aber der Anfang ist gemacht.“ Auch den Mindestfrauenanteil für Gremien nannte der DGB überfällig. Er soll bis 2019 auf 50 Prozent steigen.

## Bayern

### Flüchtlingssituation: GdP beziffert Personalbedarf

Die GdP Bayern hat zur Bewältigung der Flüchtlingssituation deutlich mehr Personal gefordert. Allein die Landespolizei benötige bei einer realistischen Betrachtung ohne „Krisenszenarien“ 700 zusätzliche Stellen. In jedem der sieben Regierungsbezirke seien Erstaufnahmeeinrichtungen nebst Außenstellen eingerichtet worden, überall neue Standorte für die Unterbringung von vielen Flüchtlingen. In Niederbayern unterstützten täglich zwei Hundertschaften der Bayerischen Bereitschafts-

polizei die örtlichen KollegInnen. Aufgaben blieben liegen, Überstunden häuften sich ins Gigantische. Beispielsweise wenn es darum gehe, durch gezielte politische Radikalisierung Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen, vertraue die Politik neben der Polizei auch auf den Verfassungsschutz. Hier beziffert die GdP den notwendigen Aufwuchs auf 70 Stellen. Daneben seien im Tarifbereich gleichfalls deutliche Stellenmehrungen nötig, bayernweit mindestens 200.

## Berlin

### Regierender dankt Beschäftigten

In einer gemeinsamen Erklärung mit dem Hauptpersonalrat (HPR) des Landes hat sich Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) bei den Beschäftigten wie auch freiwilligen HelferInnen für ihren großen Einsatz bei der Versorgung der Flüchtlinge bedankt. Die Unterzeichner weisen darin auch auf die Hilfe hin, die Berlin in seiner Geschichte von der Völkergemeinschaft erfahren hat. „Ohne diese Solidarität wären Wiederaufbau nach dem Krieg, Blockade, Teilung und Wiedervereinigung nicht zu bewältigen gewesen“, heißt es in der Erklärung. Weit über 350 KollegInnen aus den Verwaltungen des Landes und seiner Bezirke hatten sich freiwillig zur Unterstützung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales gemeldet. Regierender Bürgermeister und HPR dankten auch den

verbliebenen KollegInnen in deren Herkunftsdienststellen, die deren Arbeit mit schultern. Diese Solidarität sei umso beachtlicher, da „die Personaldecke in den Berliner Verwaltungen aufgrund der Konsolidierungspolitik der letzten Jahre dünn ist und damit eine hohe Arbeitsbelastung seit Jahren einhergeht.“

## Brandenburg

### Mobile Wache mitgestalten

Nach dem Einsatz noch in die Wache fahren, um den Bericht zu schreiben? Diese jahrzehntelange Zweiteilung des Polizeialltags wird mehr und mehr Vergangenheit. Der Funkstreifenwagen wird zum „mobilen Büro“. Nicht zuletzt, weil durch Standortschließungen die Wege zum „echten“ Büro weiter werden. Doch die interaktiven Funkstreifenwagen erweisen sich im Alltag noch als wenig praktisch und auf Dauer als ungesund. Probleme und Lösungsansätze trug die GdP auf einer Tagung Ende September zusammen. „Nicht, um nur über die Probleme zu reden, sondern konkret bei der Anschaffung mitzuentcheiden“, stellte Landesbezirksvorsitzender Andreas Schuster klar. Die Liste ist lang. So findet der Laptop meist nur auf den Knien Platz. Zeitgleich hält die eine Hand den Führerschein. Die andere tippt Daten ab – während die Augen dank schlechter Innenbeleuchtung ihre Mühen haben. Gleichzeitig befragen PolizistInnen Unfallbeteiligte. Und dabei sitzen sie in einem



Anschauungsobjekt: Ein Funkstreifenwagen wird auf der Fachtagung der GdP Brandenburg am 29. September begutachtet.  
Foto: Michael Peckmann

Standardautositz. Er ist nicht dafür gemacht, dass man sich mit einer Dienstwaffe und vielen anderen Utensilien am Gürtel hineinsetzt. Es bleibt noch viel zu tun in Sachen Arbeitsschutz. Neben Technik und Ausstattung stehen auch Trainings auf der Forderungsliste. Beispielsweise um gesunde Abläufe beim Ein- und Aussteigen mit der persönlichen Ausrüstung einzuüben.

## Bremen

### Stopp! Raus aus der Spirale!

200 bremische Personalratsmitglieder, Frauenbeauftragte und SchwerbehindertenvertreterInnen machten auf der öffentlichen Personalräteversammlung am 1. Oktober mit Verkehrszeichen deutlich, wo es lang gehen müsste. TeilnehmerInnen beklagten, die Kürzungspolitik habe schon jetzt die Grenzen des Zumut-

ungesunde Überlastung. Bürgermeister Carsten Sieling bekannte sich gegenüber den Teilnehmenden eindeutig zur Notwendigkeit öffentlicher Dienstleistungen, um ein funktionierendes Gemeinwesen zu gewährleisten. Die Ausgaben dafür seien keineswegs zu hoch, vielmehr müssten die öffentlichen Einnahmen erhöht werden. Die Schuldenbremse sei aber geltendes Recht, das Bremen einhalten müsse. Der Senat werde deshalb auch in den nächsten Jahren Ausgaben kürzen, auch durch Personalabbau.

## Hamburg

### Dienstherr soll Schmerzensgeldansprüche übernehmen

PolitikerInnen von SPD und den Grünen haben in der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt einen Antrag gestellt, das Landesbeamtenge-

nachweisbar nicht durchsetzen können. Diese Regelung müsse zudem auf Angestellte des öffentlichen Dienstes entsprechende Anwendung finden, so der Antrag. Die GdP Hamburg unterstützt die Forderung. Bislang sehen lediglich Bayern und Schleswig-Holstein derartige Regelungen vor.

## Hessen

### Vielversprechende Gesetzentwürfe

Die hessische Landesregierung hat mit dem von ihr in den Landtag eingebrachten Haushaltsentwurf 2016 und dem Entwurf des Dienstrechtsänderungsgesetzes positive Signale in Richtung Polizei gesendet. Die Entwürfe sehen ein Stellenhebungsprogramm für die hessische Polizei und damit mehr Beförderungsmöglichkeiten, verbesserte Überleitungsregelungen in das neue hessische Besoldungssystem, eine Zulage für PolizeibeamtInnen mit operativen Tätigkeiten sowie die Erfüllungsübernahme im Falle offener Schmerzensgeldansprüche vor. Die GdP lobte die angedachten Änderungen. Sie habe in den vergangenen Jahren zu all diesen Themen Forderungen aufgestellt, die nun umgesetzt werden sollen.

## Mecklenburg-Vorpommern

### LehrerInnen? Gesundheit!

Die jüngste Statistik des Bildungsministeriums über den Krankenstand der Lehrkräfte und ErzieherInnen mit sonderpädagogischen Aufgaben vermeldet einen leichten Rückgang. „Das Land hat Interesse an gesunden und motivierten Lehrerinnen und Lehrern. Wenn Beschäftigte an Schulen motiviert sind, kommt dies insbesondere Schülerinnen und Schülern zu Gute“, bekräftigte Bildungsminister Mathias Brodkorb (SPD). Er verwies auf das erste Lehrgesundheitsprogramm, das im Schuljahr 2014/2015 gestartet sei. „Im Jahr 2015 stehen für die Gesundheitsförderung insgesamt 1,3 Mio. Euro zur Verfügung“, betonte Brodkorb. Schwerpunkte der Maßnahmen zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement seien das Betriebliche Eingliederungsmanagement, der technische, medizinische und soziale Arbeitsschutz sowie die Betriebliche Gesundheitsför-



Während der öffentlichen Personalräteversammlung am 1. Oktober fordern die TeilnehmerInnen den neuen Bremer Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) zum Umdenken auf.  
Fotos: Gesamtpersonalrat Bremen



baren überschritten. Dies gelte für BürgerInnen wie für die Beschäftigten. Nicht erst die Flüchtlingszahlen hätten zu wachsenden Aktenbergen, Wartezeiten für BürgerInnen und Unterrichtsausfall geführt. Die seit langem prall gefüllten Arbeitszeitkonten der MitarbeiterInnen seien nur ein Indiz für die auf Dauer

setz um eine Vorschrift zur Erfüllung von nicht durchsetzbaren Schmerzensgeldansprüchen zu ergänzen. Die Stadt Hamburg solle aufgrund der sie treffenden Fürsorgepflicht gegenüber ihren BeamtInnen Schmerzensgeldansprüche selber erfüllen, wenn diese ihre Ansprüche gegenüber dem Schädiger

derung. Das Ministerium räumt allerdings ein, dass die Schwankung beim Krankenstand noch keine Rückschlüsse auf den Erfolg des Lehrgesundheitsprogramms zulasse.

## Niedersachsen

### Recht auf zehn bezahlte Pflage Tage

Die seit Beginn des Jahres für Angestellte geltenden Verbesserungen bei der Familienpflegezeit und Pflegezeit werden nun auch für niedersächsische BeamtInnen nachgezeichnet. Der DGB hatte im Beteiligungsverfahren durchgesetzt, dass bei akut aufgetretenem Pflegebedarf der zehntägige Sonderurlaub unter Fortzahlung der Bezüge als Rechtsanspruch ohne Ermessen des Dienstherrn ausgestaltet wird. Überdies wurde mit einer neuen Regelung den Kommunen ermöglicht, Langzeitkonten für ihre BeamtInnen einzuführen.

## Nordrhein-Westfalen

### Fusion geplant

Die Landesregierung des bevölkerungsreichsten Bundeslandes plant für 2017 die Zusammenlegung der bislang getrennt voneinander geführten Versorgungsrücklage mit dem Versorgungsfonds zu einem Pensionsfonds. Der DGB erhebt keine Einwände gegen das angedachte Vorgehen, mahnt aber zugleich dessen bereits jetzt feststellbare Unterfinanzierung an. „Der Fonds ist ein wichtiges Signal, dass der

Dienstherr seinen Verpflichtungen zur Versorgung im Alter nachkommen wird. Die finanzielle Vorsorge ist auch angesichts der steigenden Zahl der Pensionärinnen und Pensionäre notwendig“, so der DGB-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Andreas Meyer-Lauber. Dem Fonds müssen laut DGB mindestens 500 Millionen Euro jährlich zugeführt werden, um tatsächlich zu einer Entlastung des Landeshaushaltes führen zu können.

## Rheinland-Pfalz

### Mehr Geld für Bildung gefordert

Die GEW forderte anlässlich des Haushaltsentwurfs 2016 die Landesregierung auf, die aktuelle Flüchtlingssituation hinreichend zu berücksichtigen. „Es ist jetzt schon vorhersehbar, dass die im Haushalt vorgesehene Zahl von Lehrkräften und anderem pädagogischen Fachpersonal nicht ausreichen wird. Diese muss deutlich erhöht werden“, erklärt Klaus-Peter Hammer, Landesvorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz. Es müsse ein flexibler Mechanismus festgelegt werden nachdem die Zahl des benötigten Personals proportional zu den steigenden Flüchtlingszahlen erhöht werden kann. Dafür bedürfe es ausreichender finanzieller Mittel. Darüber hinaus benötige man sozialpädagogisch und psychologisch geschultes Personal an den Schulen, das sich gemeinsam mit Lehrkräften in multiprofessionellen Teams um Flüchtlinge kümmert, so Hammer.

## Saarland

### Dauerbaustelle Beihilfe beseitigen

Mit einem offenen Brief sind GEW, GdP und ver.di auf den Minister für Finanzen und Europa, Stephan Toscani (CDU), zugegangen und forderten ihn auf, für einen reibungslosen Ablauf bei der Beihilfearbeitung zu sorgen. Es bedürfe einer besseren personellen und sachlichen Ausstattung der Beihilfestelle und eine vereinfachte Antragstellung. Die Gewerkschaften seien zum Dialog bereit, um gemeinsam Lösungen zu finden. Im Saarland gibt es seit Jahren immer wieder Verzögerungen von mehreren Wochen bei der Bearbeitung der Beihilfeanträge der LandesbeamtInnen.

## Sachsen

### Gesamtpaket zum Generationenwechsel

Gemischt fällt die Bilanz der GEW in Sachen „Gesamtpaket zum Generationenwechsel“ aus, so die Gewerkschaft vor dem zu diesem Thema geplanten Spitzengespräch mit dem Kultusministerium des Freistaates. Positiv sei die verbesserte Bezahlung vieler tausend KollegInnen verschiedener Schularten zu bewerten. Gleichzeitig habe jedoch der Tarifvertrag Altersteilzeit insbesondere wegen des aktuellen Lehrermangels und wegen der Vorgaben zur Inanspruchnahme nur für wenige KollegInnen Wirkung entfalten können. Hinzu komme, dass die beschlossenen Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufes nicht vollständig umgesetzt wurden. Die GEW fordert daher das Kultusministerium auf, die Verhandlungen zur Verlängerung des Tarifvertrages zur Altersteilzeit vereinbarungsgemäß schnellstmöglich aufzunehmen, die Altersermäßigungen für Lehrkräfte unangetastet zu lassen und die im Gesamtpaket vereinbarten Maßnahmen ausnahmslos umzusetzen. Das Spitzengespräch findet am 13. November statt.

## Sachsen-Anhalt

### Vertretungsreserve: desaströse Lage

An den Schulen des Landes existiert faktisch keine Vertretungsreserve. Zu diesem Ergebnis



Foto: fotolia.de/vege

kam die GEW durch die Auswertung einer von ihr durchgeführten Befragung der Personalräte. „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme“, bilanziert Landesvorsitzender Thomas Lippmann. Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen stünde keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann weiter. Zudem führen die stetig steigenden physischen wie psychischen Belastungen zu einer steigenden Krankheitsquote. Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausfor-

Zu den Umfrageergebnissen mehr unter [www.gew-sachsenanhalt.net](http://www.gew-sachsenanhalt.net)



Foto: Fotolia.de/yanley



DGB Das RentenPlus:  
Spezialtarif mit  
**40% Rabatt**

## DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

<sup>1</sup>Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Marktdaten der Riester-Anbieter, Stand: 31.12.2013.

<sup>2</sup>Quelle: Studie „Rendite und Renten-Höhe von Riester-Produkten“, Institut für Vorsorge und Finanzplanung GmbH, Stand: August 2014.

### ► 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag über die gesamte Laufzeit und alle Vorteile der UniProfIRente Select – der Riester-Rente vom Marktführer<sup>1)</sup>:

- Lebenslang eine „exzellente Renten-Höhe“<sup>2)</sup>
- 100 % Garantie Ihrer Einzahlungen und staatlichen Zulagen zum Beginn der Auszahlphase. Während der Ansparphase unterliegt die Anlage marktbedingten Kursschwankungen.
- Wahlweises Ein- und Ausschalten der Gewinnsicherung
- Jederzeitige und unbegrenzte Einzahlungen

Ausführliche produktspezifische Informationen entnehmen Sie bitte den Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag. Hinweise zu Chancen und Risiken der zugrunde liegenden Fonds entnehmen Sie bitte den aktuellen Verkaufsprospekten, den Vertragsbedingungen, den wesentlichen Anlegerinformationen sowie den Jahres- und Halbjahresberichten, die Sie kostenlos in deutscher Sprache bei Ihrer BBBank eG, Herrenstraße 2–10, 76133 Karlsruhe (Telefon 07 21/141-0 oder [www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)) oder über den Kundenservice der Union Investment Service Bank AG, Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt am Main, [www.union-investment.de](http://www.union-investment.de), Telefon 069/5 89 98-61 00, erhalten. Diese Dokumente bilden die allein verbindliche Grundlage für den Kauf. Stand: 10. April 2015.

Mehr Informationen? Gerne!

[www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)

 Union Investment



 BB Bank

Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

# AUS DEN LÄNDERN

derungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum.

## Schleswig-Holstein

### Lehrkräftebesoldung in entscheidender Phase

Die Landesregierung hat ihren Gesetzentwurf zur Lehrkräftebesoldung nun dem Landtag zugeleitet. Wie bereits berichtet, will die Landesregierung GrundschullehrerInnen eine Besoldungsstufe schlechter bezahlen als die Lehrkräfte der anderen Schularten. Trotz ebenfalls zehn Semestern plus eineinhalbjährigem Vorbereitungsdienst sollen sie weiterhin bis zu 450 Euro monatlich weniger bekommen. Zudem sieht der Entwurf vor, dass LehrerInnen mit der Lehrbefähigung für Grund- und Hauptschulen, die zum Teil seit Jahrzehnten an Gemeinschaftsschulen unterrichteten, erst nach längerer und aufwändiger Prozedur in die Besoldungsgruppe A 13 kommen. „Der Ärger über den ungerechten Gesetzentwurf der Landesregierung ist groß. Was die Landesregierung hier plant, ist vor allem eine nicht akzeptable Geringschätzung der Arbeit der Lehrkräfte an den Grundschulen in Schleswig-Holstein“, kommentierte die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende Astrid Henke das Vorhaben.

## Thüringen

### Demnächst Leerveranstaltungen?

In Thüringen wird derzeit eine neue Rahmenvereinbarung zur Finanzierung der Hochschulen für 2016 bis 2020 verhandelt. „Wir erwarten, dass die Finanzierung der Hochschulen auf eine solide Basis gestellt wird“, erklärte ver.di-Fachbereichsleiterin Anne Voß. Nach einem harten Konsolidierungskurs hatten sich Hochschulleitungen, Fach- und Finanzministerium 2014 auf einen regelmäßigen Aufwuchs von vier Prozent oberhalb der erwartbaren

wissenschaftsspezifischen Tarif- und Kostensteigerungen verständigt. Dieser Kompromiss scheint nun zu bröckeln. Hinzu kommt, dass die Thüringer Hochschullandschaft wächst. Die neu gegründete „Duale Hochschule“ wird künftig ebenfalls Anspruch auf ein Budget aus demselben Topf erheben. „Der Abbau von 350 Stellen 2013 hat einzelne Hochschulen vor große Herausforderungen gestellt“, beklagte Voß. „Werden die Zusagen vom Frühjahr 2014 jetzt durch spitzfindige Gegenrechnungen ausgehöhlt, könnten bald Hochschulstandorte in Frage stehen.“



Foto: istockphoto.de/stacey\_newman



„Versorgungslücke? Ich Sorge vor – mit Unterstützung vom Staat.“

**DGB**

## Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente

mit dem zusätzlichen Plus

für Beamtinnen und Beamte

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)



ver.di

# ver.di will im Justizvollzug „auf schließen“

Seit August kümmert sich ver.di verstärkt um die Bediensteten im Justizvollzug und hat ein Projekt aufgelegt.

Ein lautes metallisches Klacken hallt durch den kargen Flur mit den engmaschig vergitterten Fenstern. Die schwere Tür aus dickem Stahl öffnet sich und Andreas Schürholz betritt den Flur. Hinter sich schließt er wieder ab. Den großen schweren Schlüssel behält er gleich in der Hand. Es lohnt sich nicht, ihn weg zu stecken, denn gleich wird er die nächste Stahltür öffnen und hinter sich wieder abschließen.

Andreas Schürholz ist Justizvollzugsbeamter. Seine Dienststelle ist die Justizvollzugsanstalt in Hagen. Er ist Mitglied des Hauptpersonalrats Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen und von den Vollzugstätigkeiten freigestellt. „In dem Gremium mit 15 Personalräten bin ich einer von drei ver.di-Mitgliedern“, berichtet der engagierte Gewerkschaftler. „Da ist es nicht immer einfach, Positionen von ver.di durchzusetzen.“

Er kann jetzt optimistischer in die Zukunft schauen, denn der Bundesvorstand von ver.di hat ein bundesweites Projekt im Justizvollzug beschlossen. Schürholz hatte sich als Vorsitzender der Bundesfachkommission Justizvollzug mit für das Projekt stark gemacht und es als Vorsitzender der Landesfachkommission Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit Michael Kötzing, dem in Düsseldorf zuständigen Landesfachbereichsleiter Bund + Länder, nach NRW geholt.

„Die meisten Bediensteten im Justizvollzug kennen ver.di nur dem Namen nach. Die Arbeit von ver.di und auch unser Engagement sind vielen unbekannt. Wir wollen in den nächsten Monaten deutlich machen, dass ver.di die zuständige, kompetente und gewerkschaftliche Vertretung für die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug ist und eine Mitgliedschaft bei ver.di lohnt. Dazu machen wir in NRW den Anfang. Die Projektergebnisse sollen dann bundesweit umgesetzt werden“, beschreibt Schürholz das Projekt.

Was ver.di für Bedienstete im Justizvollzug erreichen kann, zeigt sich im noch laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Dienstrechtsreform in NRW. Es ist dem DGB und ver.di gelungen, deutliche Verbesserungen für Beamtinnen und Beamte durchzusetzen. Schürholz zählt auf: „Da ist als erstes die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzulage zu nennen, die unter der CDU/FDP-Regierung abgeschafft wurde. Als Weiteres wird es mit Blick auf die Belastungen des Schichtdienstes eine Änderung im Gesundheitsschutz geben. Die Verantwortlichkeit wird im Reformgesetz deutlich auf den Arbeitgeber verlagert. Damit sind auch die Personalvertretungen stärker in der Verantwortung als bisher. Hier kann ver.di seine Kompetenzen und Stärken ausspielen.“

Neben dem bereits Erreichten gibt es im Vollzug eine Reihe von Baustellen, auf denen ver.di als die Gewerkschaft, die für gute Arbeit streitet, aktiv werden kann. David Staercke, Gewerkschaftssekretär bei ver.di und ausschließlich für das Projekt zuständig, erklärt: „Ganz oben auf der Liste stehen der hohe Krankenstand und die hohen Aufkommen an Überstunden. Beides sind Themen, zu denen ver.di sich bereits positioniert hat. Nun ist es Zeit auch für die Bediensteten im Justizvollzug Stellung dazu zu beziehen – ganz nach unserem Projektmotto: Jetzt wird auf geschlossen.“



Andreas Schürholz

## David Staercke

Gewerkschaftssekretär  
Projekt Justizvollzug im Fachbereich 6 Bund + Länder  
Karlstraße 123 - 127  
40210 Düsseldorf  
Telefon: 0211 61824-393  
Mail: david.staercke@verdi.de  
Internet: bund-laender-nrw.verdi.de/land/justiz/vollzug  
Facebook: www.facebook.com/verdijustizvollzug  
Twitter: twitter.com/justizvollzug

# Nutzen Sie Ihren Status im öffentlichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

## Beamtdarlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 60.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren – dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall durch Comfort-Rentenversicherung (in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle Auszahlung

### Jetzt Angebot anfordern:

**NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG**  
Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg  
Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457  
MBoeD@nuernberger.de

**INFO-SERVICE** INFO-SERVICE  
Fuchslochweg 1  
Öffentlicher Dienst/Beamte 74933 Neidenstein

## UNSER ANGEBOT – IHR VORTEIL

– Anzeige –

### Betreutes Wohnen nach Ihren Wünschen

Unsere Seniorenresidenzen setzen bundesweit anspruchsvolle Standards für das altersgerechte Wohnen.



[www.augustinum.de](http://www.augustinum.de)

### Haut- und Atemwegserkrankungen

Sonne – Wind – Meer und das Fachklinikum Borkum sind Garant für Ihre Gesundheit.



[www.fachklinikum-borkum.de](http://www.fachklinikum-borkum.de)

### Psychosomatische Reha für Mütter mit Begleitkind

Rehabilitationsmaßnahmen für Frauen mit einer psychosomatischen Erkrankung (individuelles Therapieprogramm). Mit Begleitkindern.



[www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de](http://www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de)

### Privatklinik Eberl in Bad Tölz

In traumhafter Alpenkulisse eine Auszeit von der Hektik des Alltags nehmen und Körper und Geist wieder aufleben lassen.



[www.privatklinik-eberl.de](http://www.privatklinik-eberl.de)

### Espan Klinik mit Haus ANNA

Fachklinik für Erkrankungen der Atemorgane  
Klinik für Anschlussheilbehandlung (AHB/AR)



[www.espan-klinik.de](http://www.espan-klinik.de)

Interesse an dieser attraktiven Werbeform? Sprechen Sie uns an:  
0211 72134571 oder per Mail: kontakt@marketing-oeffentlicher-dienst.de

## Teil 2

## Geförderte Altersvorsorge

## DIE RIESTER-RENTE

In der September-Ausgabe des Magazins für Beamtinnen und Beamte wurden an dieser Stelle in Teil 1 zur Riester-Rente die Grundzüge dieser staatlich geförderten Altersvorsorge und die Voraussetzungen für eine Zulagenberechtigung erläutert. Teil 2 befasst sich mit den Kriterien, die ein Riester-Produkt erfüllen muss.

### Rahmenbedingungen bei Riester-Verträgen

Förderfähig sind Verträge, die mindestens bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres festgelegt sind. Die Beitragsverwendung, die Abschluss-, Vertriebs- und Verwaltungskosten, der Stand des Altersvorsorgevermögens und Aspekte der Kapitalanlage müssen transparent dargestellt werden. Die Anlagen sind in der Ansparphase vor Pfändung und Anrechnung bei Hartz IV geschützt. Während der Ansparphase kann zudem der Vertrag gekündigt und der Anbieter und/oder die Anlageform gewechselt werden. Das angesammelte Kapital und die Fördermittel werden dann übertragen. Die Zulage wird jeweils rückwirkend für das abgelaufene Beitragsjahr vom Vertragsunternehmen bei der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) beantragt. Hierfür kann man dem Unternehmen entweder einen Dauerzulagenantrag erteilen oder jährlich einen Zulagenantrag an das Unternehmen senden. BeamtInnen müssen zusätzlich gegenüber der für ihre Besoldung zuständigen Stelle schriftlich zur Datenübermittlung an die ZfA einwilligen.

### Schädliche Verwendung

Wird das angesammelte Kapital nicht für die Altersversorgung eingesetzt (z. B. Auszahlung des Kapitals in einer Summe), muss die gesamte Förderung (Zulagen und Steuervorteile) zurückgezahlt werden. Dies gilt auch, wenn der ständige Wohnsitz außerhalb der EU/EWR liegt (z. B. Altersruhesitz in den USA) und unter bestimmten Voraussetzungen bei Todesfällen.

### Beratung nutzen

Wer die Riester-Förderung nutzen will, sollte sich auf jeden Fall vorab sorgfältig beraten lassen und dabei auch abklären, wie ein entsprechender Vertrag bzw. welche Anlageform zu den eigenen Lebensumständen und Zukunftsvorstellungen passen würde. Versicherungen, Banken oder Sparkassen bieten Riesterprodukte und Beratung dazu an. Auch die Deutsche Rentenversicherung berät zum Thema Rente und Riester. Gewerkschaftsmitgliedern steht zudem die Beratung durch die am RentenPlus beteiligten Unternehmen offen (siehe Kasten).

### Das RentenPlus

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben 2002 ein spezifisches Riester-Angebot auf den Weg gebracht. Das **RentenPlus** eines Konsortiums von sieben Unternehmen, die Beschäftigte im öffentlichen Dienst intensiv betreuen, soll durch gute Beratung und mit günstigen Konditionen sicherstellen, dass Gewerkschaftsmitglieder und ihre Angehörigen kein Geld – vor allem keine öffentliche Förderung – verschenken.

Die Vorteile im Überblick:

- qualifizierte Beratung und transparente Informationen
- niedrige Abschluss- und Verwaltungskosten
- hohe garantierte Rente
- große Flexibilität, z. B. bei beruflichen oder privaten Veränderungen
- Berücksichtigung ethischer, sozialer und ökologischer Belange bei der Geldanlage

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ziehen keine eigenen finanziellen Vorteile aus dem Vertrag. Ausführliche Informationen zum Produkt und einen Tarifrechner für die erste Selbsteinschätzung gibt es unter [www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de).

Teil 1 erschien in der September-Ausgabe



Personalie

**ver.di: neuer Fachbereichsleiter Bund + Länder und Gemeinden**

Wolfgang Pieper wurde Ende September vom ver.di-Bundeskongress für die Fachbereiche 6 und 7, Bund und Länder sowie Gemeinden in



Foto: Kay Herschelmann

den ver.di-Bundesvorstand gewählt. Er löst Achim Meerkamp ab, der nach acht Jahren nicht mehr für das Amt kandidierte. Der Kongress stimmte mit 84,4 Prozent der Stimmen für den 62-Jährigen. Zuvor war Pieper Leiter des Bereichs Grundsatz im Ressort 1 und Sekretär des Bundesvorstands. Der DGB gratuliert zur Wahl und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Konferenz

**Prekär im öffentlichen Auftrag**

Am 7. November 2015 laden GEW, ver.di und die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW zu einer

gemeinsamen Tagung mit obigem Titel nach Duisburg ein. Öffentliche Dienstleistungen werden häufig von Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen erbracht. Einrichtungen, die im öffentlichen Auftrag handeln, scheuen sich nicht, soziale und berufliche Standards zu unterlaufen, die der Staat eigentlich schützen sollte. Der Druck, der durch die Konsolidierung öffentlicher Haushalte entsteht, wird an Beschäftigte in Kitas und im Ganztagsbetrieb der Schulen, in der Erwachsenenbildung und an den Hochschulen, in der Sozialarbeit und in Krankenhäusern weiter gegeben. Auf der Veranstaltung werden Auswege aus dieser Entwicklung diskutiert.

Beihilfe-Urteil

**Ärztlich verordnete Sehhilfen**

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, dass ein gravierend in seiner Sehfähigkeit eingeschränkter Beamter Anspruch auf beihilferechtliche Erstattung ihm ärztlich verordneter Gleitsichtgläser hat (VGH München, Urteil vom 14.07.2015 – 14 B 13.654). Nach Auffassung des VGH München ist die im bayerischen Beihilferecht seit dem Jahr 2004 für Erwachsene enthaltene Beschränkung der Erstattung von Aufwendungen für Sehhilfen auf einige wenige Diagnosen (z.B. Blindheit eines Auges und Seh-

schwäche des anderen Auges) nicht mit Verfassungsrecht vereinbar und damit nichtig. Die Beschränkung käme einem Teilausschluss gleich und sei mit der verfassungsrechtlich gewährleisteten Fürsorgepflicht des Dienstherrn nicht vereinbar. Dieser müsse nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) eine medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung im Krankheitsfall gewährleisten. Dies schließe zwar grundsätzlich nicht aus, bestimmte Hilfsmittel ganz oder teilweise von der beamtenrechtlichen Beihilfe auszuschließen. Ärztlich verordnete Sehhilfen seien aber – jedenfalls bei gravierenden Sehschwächen – unverzichtbare Hilfsmittel, um grundlegende Verrichtungen des täglichen Lebens besorgen zu können. In diesen Fällen dürfe die Beihilfefähigkeit nicht ausgeschlossen werden. Der VGH hat die Revision

beim BVerwG wegen grundsätzlicher Bedeutung der Sache zugelassen.



Foto: istockphoto.de/Szepey

Zahlen, Daten, Fakten

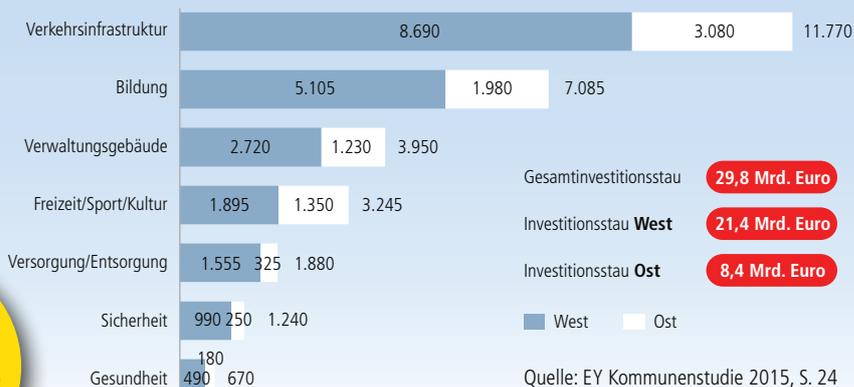
**Kommunen: 30 Milliarden Euro Investitionsstau**

Die aktuelle Kommunenstudie der Beratungsgesellschaft Ernst & Young schätzt den derzeitigen Investitionsstau bei Städten und Gemeinden mit mindestens 20.000 EinwohnerInnen auf fast 30 Milliarden Euro. Dem stehen bis 2017 Investitionsvorhaben in Höhe von 15 Milliarden Euro gegenüber. Die Kommunen wurden zu Handlungsoptionen in der Finanznot befragt. Viele wollen Steuern und Gebühren erhöhen und Leistungen streichen.



**Aktueller Investitionsstau in Millionen Euro**

Hochrechnung für Städte und Gemeinden mit mindestens 20.000 Einwohnern – ohne Landkreise



Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✓ mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können
- ✓ wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben
- ✓ wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: [FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de](mailto:FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de) oder Telefon 0800 292 22 74.

Ein Unternehmen der AXA Gruppe



Anzeige



## Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil

### RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst\***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst\***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). \* Im AboService nur 5,00 Euro.



### OnlineService des DBV für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBV die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie auf allen Websites des DBV recherchieren können. Dort finden Sie auch Muster-Formulare und Checklisten als PDFs. Daneben können Sie auch vier Ratgeber als OnlineBücher lesen und ausdrucken, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht des öffentlichen Dienstes“, „Frauen im öffentlichen Dienst“, „Gesundheit von A bis Z“ und „Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst“.

### Bestellung

per E-Mail: [info@d-b-w.de](mailto:info@d-b-w.de)  
 per Telefon: 0211 7300335  
 per Telefax: 0211 7300275  
 Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
 Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.d-b-w.de](http://www.d-b-w.de)

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Konto-Nummer \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_



Stiftung Warentest	Sehr gut (1,2)
Finanztest	Tarif B501 für Beamte
<b>1</b>	Im Test: 24 Angebote für Beamte
	Ausgabe 05/2014
	www.test.de

14BZ76

## Private Krankenversicherung

### Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Beamte

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner,  
auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gerne:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

**Oder rufen Sie direkt an: Telefon 09561 96-98221**

DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS • 2015



Der Personalrat



HUK-COBURG



**HUK-COBURG**

Aus Tradition günstig